

hochschule

## "In zehn Jahren Dritte Welt"

Der Universitätsrektor spricht auf der Studentendemo; die Professorin widmet ihr Seminar dem Protest. In seltener Einigkeit lehnen sich die Hochschulangehörigen von Bayern bis Berlin gegen die Bildungskürzungen auf

Von **Jan-Martin Wiarda**

4. Dezember 2003 / Quelle: (c) DIE ZEIT 04.12.2003 Nr.50

AUS DER ZEIT NR. 50/2003



An dem Spruch müssen sie noch arbeiten. "Haushaltsloch seit Jahren – gestopft wird mit Talaren", heißt es auf dem Transparent, das Studenten hinter Ursula Lehmkuhls Rücken hochhalten. Man muss schon zweimal lesen, um das zu verstehen. Lehmkuhl ist Professorin für nordamerikanische Geschichte an der Freien Universität in Berlin; diese Woche hat sie ihr Seminar in die Haupthalle des Bahnhofs Zoo verlegt. Vor ihr kauern Dutzende von Studenten auf dem verdreckten Boden. In der Hand das Megafon, spricht Lehmkuhl von sozialen Umwälzungen im Amerika des frühen 20. Jahrhunderts, von Industrialisierung und Masseneimmigration, schließlich ist dies ein historisches Seminar. Allerdings mit aktuellen Bezügen: Wie heute in Deutschland sei vor 100 Jahren in den USA staatliches Handeln gefordert gewesen. "Die haben die Kurve gekriegt damals", sagt sie und verlässt kurz historisches Terrain: "Wenn die Kürzungen im Bildungssystem so weitergehen, erreichen wir in zehn Jahren das Bildungsniveau eines Dritte-Welt-Staates." Die Studenten klatschen, ein paar Passanten auch, dann ist das Seminar beendet. Weiter geht es. In einer Stunde treffen sich am Potsdamer Platz Demonstranten von allen drei Berliner Universitäten zur Kundgebung des Tages.

Deutschlands Akademiker kommen langsam in Protestlaune. Und das nicht nur in Berlin, wo streikende Studenten vergangene Woche das Büro von Wissenschaftssenator Thomas Flierl (PDS) und die PDS-Parteizentrale besetzt hielten. Ob Niedersachsen, Bayern oder Hessen, die Streikwelle rollt. Überall im Land debattieren Studenten in Vollversammlungen, halten Professoren ihre Vorlesungen an öffentlichen Orten ab, und sogar Hochschulrektoren

marschieren mit bei studentischen Protestzügen. Eine solche Solidarität zwischen Lehrenden und Lernenden hat es während Unistreiks der Vergangenheit selten gegeben. Doch auch die Streichpläne einzelner Bundesländer sind einzigartig: Bayern plant im Rahmen der generellen Haushaltskonsolidierung Einschnitte von mindestens fünf Prozent auch in der Wissenschaft, Niedersachsen zwei Prozent, Berlin mindestens sieben. Ernüchternde Zahlen, die auf eine ganz andere stoßen, die das Statistische Bundesamt in Wiesbaden heute bekannt geben wird: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik sind im laufenden Wintersemester mehr als zwei Millionen Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) sieht darin eine "erfreuliche Entwicklung", mit der Deutschland dem erklärten Ziel einer Studienanfängerquote von 40 Prozent noch einmal näher gekommen sei. Sie stützt sich dabei auf eine inzwischen hinlänglich bekannte, von OECD-Studien untermauerte Einsicht: Um international mithalten zu können, braucht Deutschland in den kommenden Jahren wesentlich mehr gut ausgebildete Fachkräfte, und das heißt: mehr Studenten.

Mehr Studenten wollen und gleichzeitig weniger Geld ausgeben für die Hochschulen – Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), nennt das einen unauflösbaren Widerspruch. "Das geht nicht. Das spüren die jungen Leute ganz deutlich, und deshalb gehen sie auf die Straße." Ähnlich äußert sich Achim Meyer auf der Heyde, der neue Generalsekretär der Deutschen Studentenwerke: "Bund und Länder müssen endlich entsprechend den politischen Ankündigungen für die Zukunftsaufgabe Bildung genügend Geld zur Verfügung stellen."

Die Betreuungssituation deutscher Studenten hat sich schon vor den aktuellen Sparplänen weiter verschlechtert. 2002 kamen 60 Studenten auf eine Professorenstelle, das waren noch einmal zwei mehr als im Jahr davor. Um mit dem Studentenansturm fertig zu werden, reagieren besonders große Universitäten mit der nahezu flächendeckenden Einführung eines hochschulinternen Numerus clausus. In Köln, Hamburg oder Münster hat diese Strategie faktisch bereits zu einer Deckelung der Immatrikulationszahlen geführt. Die großen Zuwachsraten melden daher vor allem die kleineren Hochschulen, die noch ein wenig Luft haben. So ist die Gesamtzahl der Studenten an der Universität Greifswald seit 1990 von 2300 auf zuletzt über 9000 in die Höhe geschneit. Doch auch in Greifswald werden die Auslastungsgrenzen bald erreicht sein. Der Prorektor Claus Dieter Classen berichtet von überfüllten Hörsälen besonders bei den Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern. "Wir denken sehr stark darüber nach, ob wir jetzt auch an unserer Universität die NC-Beschränkungen auf weitere Fächer ausdehnen sollen", sagt er.

Auch anderswo öffnet sie sich weiter, die Schere zwischen Studentenpopulation und Finanzausstattung der Hochschulen. An der Universität Nürnberg-Erlangen zum Beispiel erreichte die Zahl der Studenten im Wintersemester 23600, das sind 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei verzeichneten die Erziehungswissenschaften und die Naturwissenschaften den größten Zulauf. Gleichzeitig müsste die Universität schon im kommenden Jahr mehrere Millionen Euro kürzen. Wie viel genau, weiß keiner.

## **Die bayerische Regierung rudert schon zurück**

"Es herrscht maximale Unsicherheit", sagt der Rektor Karl-Dieter Gröske. "Man zieht der jungen Generation den Teppich unter den Füßen weg." Deshalb hat er neulich auf einer Studentendemo eine Rede gehalten. Seine Botschaft an Studenten und Staatsregierung: Das ursprünglich ausgegebene Einsparziel, zehn Prozent oder bis zu 27 Millionen Euro, sei illusorisch. Gröske hat ausgerechnet, dass selbst bei einem totalen Einstellungsstopp und dem Verzicht auf sämtliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen nächstes Jahr bestenfalls vier Prozent zu schaffen wären.

Das hat mittlerweile auch die bayerische Staatsregierung erkannt und will entgegen der von Ministerpräsident Stoiber (CSU) zunächst ausgegebenen Leitlinie bei den Hochschulen nur noch die Hälfte einsparen. "Wir betreiben keinen Kahlschlag, keine Rasenmähermethode", sagt Verwaltungsreformminister Erwin Huber (CSU). Zur Sparpolitik insgesamt gebe es allerdings keine Alternative. Keiner könne bestreiten, dass es an den Hochschulen noch Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und Umstrukturierung gebe, sagt Huber, im Bereich der Verwaltungskosten etwa oder bei der Umschichtung von Mitteln weg von den Orchideenfächern hin zu den großen Studiengängen. Die konkrete Umsetzung will der Minister aber den Hochschulen überlassen. "Mehr Autonomie bedeutet auch, dass sie in ihrem eigenen Bereich überprüfen, wo sie noch Spielräume haben."

## **Studiengebühren sind verboten, Alternativen werden nicht aufgezeigt**

Dabei würde Rektor Gröske genau das gern von Minister Huber wissen: wo die Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung zu finden sind. Ein Einstellungsstopp zumindest wirke wenig gestalterisch und führe zu Kürzungen nach dem Zufallsprinzip "immer da, wo gerade eine Stelle wegfällt". Hinzu kommt der zweite Widerspruch in der Spardebatte: Die Universitäten sollen laut den politischen Vorgaben jene Bereiche unangetastet lassen, bei denen die größte Nachfrage besteht und die zugleich am wichtigsten sind für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Das sind vor allem die Naturwissenschaften und die Ingenieurstudiengänge. Doch genau die sind am

kostenintensivsten; eine Umschichtung weg von anderen Fachbereichen bringt kaum etwas. Selbst wenn er die Theologische Fakultät komplett schließen würde, mache das gerade einmal 3,8 Millionen Euro Einsparung aus, sagt Karl-Dieter Gröske. "Geisteswissenschaftler sind einfach zu billig."

Abhilfe kommt möglicherweise aus Bologna. Im Rahmen der dort von Vertretern 30 europäischer Staaten beschlossenen Schaffung eines europäischen Hochschulraumes soll das deutsche System von Magister, Diplom und Staatsexamen in den kommenden Jahren komplett auf die international gängigen Studienabschlüsse umgestellt werden; ein Bereich übrigens, in dem sich Bayern entgegen der Beschwörung von Strukturveränderungen bislang kaum hervorgetan hat. Die neuen Abschlüsse Bachelor und Master könnten dank der kürzeren Regelstudienzeit und einer damit einhergehenden niedrigeren Abbrecherzahl für eine gewisse Entlastung sorgen, so hofft zumindest Niedersachsens Wissenschaftsminister. "Die Umlaufquote wird höher, und dadurch entstehen auch zusätzliche Kapazitäten", sagt Lutz Stratmann (CDU), der die im so genannten Hochschuloptimierungskonzept geplanten Maßnahmen gegen heftige Proteste verteidigen muss. Unter anderem sieht das Konzept die Schließung zweier Fachhochschulstandorte vor.

Schaut man sich die Immatrikulationsstatistiken vieler Universitäten allerdings genauer an, so wird klar: Schon heute ist die Verweildauer des Durchschnittsstudenten kürzer als vor wenigen Jahren, und trotzdem gibt es mehr Studenten – vor allem immer mehr Studienanfänger. Der Umbau kann nicht Schritt halten mit der demografischen Entwicklung, die noch auf Jahre hinaus geburtenstarke Abiturientenjahrgänge produzieren wird, und den Auswirkungen der lahmen Konjunktur, die junge Menschen vom Arbeitsmarkt fern und an den Universitäten halten. Das 40-Prozent-Quotenziel tut ein Übriges. Bis 2010 sei mit bis zu 2,3 Millionen Studenten zu rechnen, prognostiziert Bulmahn, wobei das durchaus eine optimistische Schätzung ist. Allein um die schon jetzt in vielen Bereichen unzureichenden Studienbedingungen zu erhalten, wäre also in den nächsten Jahren eine reale Ausgabensteigerung von 15 Prozent für die Hochschulen erforderlich, die Inflation noch nicht miteingerechnet.

Die Tendenz geht genau in die andere Richtung, und ein Rückgriff auf staatliche Mittel erscheint angesichts der Rekordverschuldung der öffentlichen Haushalte ausgeschlossen. Forderungen, die milliardenschweren Subventionen im Bergbau kurzfristig in den Bildungsbereich umzuleiten oder mehr in Hochschulen anstatt in Gefängnisse zu investieren, kursieren auch unter Rektoren und können doch nicht mehr sein als ein hilfloses Brainstorming. Einige Wissenschaftsexperten nutzen die Finanzmisere daher, um eine neue Gerechtigkeitsdebatte anzustoßen. Was ist schlimmer, fragen sie: junge Menschen in überfüllte Hörsäle und Seminare zu pferchen, wo sie die

Regelstudienzeit beim besten Willen nicht einhalten können, was wiederum zu einer Erhöhung der Studentenzahlen führt – oder Studiengebühren zuzulassen, um die Hochschulen nachhaltig zu entlasten und endlich bessere Studienbedingungen zu ermöglichen? Detlef Müller-Böling fordert von der Bundesregierung, ebendieses zu tun und das zuletzt im Hochschulrahmengesetz festgeschriebene Verbot von Studiengebühren fürs Erststudium aufzuheben. "Eine Studierendenquote von 40 Prozent fordern, gleichzeitig Studiengebühren blockieren und keinerlei Alternativen aufzeigen, das kann man nicht machen", sagt der CHE-Leiter. Andere Länder wie Australien hätten vorgemacht, wie man mithilfe von Studiengebühren sein Hochschulsystem modernisieren und ausbauen könne.

Im kommenden Jahr dürfte es spannend werden. Dann entscheidet das Bundesverfassungsgericht über die Klage von sechs Bundesländern gegen das Gebührenverbot. Einige Länderregierungen gehen schon jetzt mit der Einführung von Studienkonten einen Schritt in diese Richtung. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel werden künftig bei Überschreitung der Regelstudienzeit um das Anderthalbfache 650 Euro pro Semester fällig. 2004 wird zwar der klamme Finanzminister das Geld einbehalten, doch ab 2006 sollen die Gebühren dann voll den Hochschulen zugute kommen, verspricht die Landesregierung.

Marieke Schütte und Patrick Alferts, beide Amerikanistikstudenten am Ende der Regelstudienzeit, würden Studiengebühren als Schlussfolgerung aus den Berliner Protesten weniger gefallen. Erst am Vortag haben ihre Kommilitonen bei der Besetzung des Büros von Wissenschaftssenator Flierl die Rücknahme aller Kürzungen und die Vollfinanzierung aller Berliner Studienplätze gefordert. Nach dem Seminar von Ursula Lehmkuhl stehen Marieke und Patrick noch eine Weile vor dem Großbildschirm im Bahnhof Zoo und diskutieren. Auf ihren Rücken kleben Schilder mit der Aufschrift: "An den Unis wird gelee(h)rt)". Patrick erzählt, er sei gerade ein Jahr in England gewesen, dort werde in Bildung investiert. Marieke sagt, genau deshalb sei sie hier, um ein Zeichen zu setzen gegen die Sparmaßnahmen. Patrick zuckt mit den Schultern und sagt, dass der Unistreik für ihn vor allem ein symbolischer Akt sei, denn was die konkreten Auswirkungen der Proteste auf die Politik des Senats angehe, da sehe er schwarz. Trotzdem wird er weiter mitmachen, schon aus Prinzip. "Das ist auch eine Frage des Umgangs miteinander."